



## Medienrohstoff

### Mythen und Realität in der Finanzpolitik

**Wie gut oder wie schlecht geht es den öffentlichen Finanzen? Dieser Frage widmete sich der Verband der Schweizer Unternehmen, economisesuisse, im Rahmen eines Medieninformationsseminar. Der Dachverband der Wirtschaft plädierte dabei für eine Gesamtsicht der schweizerischen Finanzpolitik, anstelle einer kurzfristigen und trügerischen Partialsicht.**

#### Fakten statt Legenden

Wenn es der Wirtschaft schlecht geht, wird regelmässig der Ruf nach dem starken Staat laut. Dabei stellt sich unweigerlich die Grundsatzfrage, wie sehr sich der Staat finanzpolitisch bereits verausgabt hat bzw. inwieweit er sich zusätzlich engagieren soll oder kann. Bei letzterem gehen die Meinungen der verschiedenen Akteure erwartungsgemäss auseinander. Wenn allerdings die wichtigsten finanzpolitischen Parameter unterschiedlich gelesen und interpretiert werden, kommt es zu einem grossen Durcheinander. So ist es nicht verwunderlich, wenn heute anstelle von Zahlen und Fakten zunehmend finanzpolitische Legenden und Mythen kursieren. So ist wiederholt die Rede vom „Abbau des Staates“, vom „Einbruch der Steuereinnahmen“ und von „einem im Vergleich zum Ausland sehr bescheidenen Staatsanteil“. Doch alle drei Aussagen halten einer seriösen Prüfung nicht stand, denn die Zahlen und Fakten sprechen eine andere Sprache.

#### Die Schweiz nähert sich bedrohlich den Grenzen der Maastrichtkriterien

Seit mehr als zehn Jahren lebt die Schweiz konstant über ihre Verhältnisse. Dies hat zu einer massiven Staatsverschuldung geführt: Bereits 1990 machten die Schulden der öffentlichen Hand 98 Milliarden Franken aus. Inzwischen hat sich der Schuldenberg mehr als verdoppelt (235 Milliarden Franken im Jahr 2002). Kein anderes OECD-Land hat eine solche dramatische Zunahme der Schulden erlebt wie die Schweiz. Damit nähert sich unser Land bedrohlich den in den Maastrichtkriterien festgelegten Grenzen.

Grund dafür ist bekanntlich die masslose Ausgabenflut der 90er Jahre, welche economisesuisse bereits im Rahmen seines Ausgabenkonzepts vor zwei Jahren angeprangert hatte. Von gewissen Seiten wurden unsere Aussagen damals als unrealistisch und alarmistisch bezeichnet. In der Zwischenzeit hat sich allerdings gezeigt,

dass die Befürchtungen von *economiesuisse* berechtigt waren. Das aktuelle Finanzmonitoring der Staatsausgaben 1999 – 2002 (vgl. Beilage in der Mediendokumentation) macht deutlich, dass die öffentlichen Ausgaben längst die „rote Karte“ verdient hätten. Die Ausgaben sind von 150 Milliarden Franken auf beinahe 170 Milliarden Franken hochgeschwungen, womit der Ausgabenzuwachs von etwa 20 Milliarden Franken doppelt so hoch ausfällt wie das Wirtschaftswachstum in der gleichen Periode. Eine solche Entwicklung ist absolut unhaltbar.

Trotz Schuldenbremse ist auch in Zukunft keine Trendwende in Sicht. Selbst mit dem ersten Entlastungsprogramm dürften die Ausgaben des Bundes in der neuen Legislaturperiode in Milliardenhöhe steigen. Noch nicht eingerechnet ist dabei der gewaltige längerfristige zusätzliche Finanzierungsbedarf für die Sozialversicherungen. Die These vom sogenannten Staatsabbau ist also doppelt falsch. Dies ist umso verheerender als die öffentlichen Ausgaben weiterhin viel schneller wachsen als die Wirtschaft.

### **Munter sprudelnde Einnahmequellen der öffentlichen Hand**

Immer wieder ist die Rede vom „Einbruch der Einnahmen“. Seit 1990 sind aber die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand kräftig gestiegen, so erhöhte sich der Fiskalertrag von 85 Milliarden Franken (1990) auf 131 Milliarden Franken (2002). Bei einer Gesamtbetrachtung sind aber auch die „übrigen“ Einnahmequellen zu berücksichtigen. Die gesamten Zwangsabgaben haben somit in der gleichen Zeitspanne einen massiven Zuwachs erlebt, von 119 Milliarden Franken im Jahr 1990 auf fast 180 Milliarden Franken bis 2002. Gleichzeitig haben die Einnahmen aus Gebühren von 13 Milliarden Franken im Jahre 1990 auf rund 21 Milliarden Franken bis 2002 zugenommen. Die Legende vom angeblichen „Einnahmeneinbruch“ entbehrt also jeder Grundlage, selbst wenn neulich eine gewisse konjunkturbedingte Stabilisierung festzustellen war.

### **Die Mär von der „niedrigen Fiskalquote“**

Trotz diesen unwiderlegbaren Fakten halten gewisse Kreise hartnäckig an der These fest, die Schweiz weise „einen im internationalen Vergleich nach wie vor sehr bescheidenen Staatsanteil“ auf. Tatsache ist aber, dass die Fiskalquote der OECD das Ausmass staatlichen Handelns im Falle der Schweiz nur unvollkommen wiedergibt. So bleiben etwa gewisse Zwangsabgaben (Krankenversicherung, 2.Säule, Unfallversicherung, Familienausgleichskassen) in der Fiskalquote der OECD schlicht unberücksichtigt, obwohl sie das Portemonnaie von Herrn und Frau Schweizer immer mehr belasten. Allein 2001 machten diese unberücksichtigten Zwangsabgaben immerhin 53 Milliarden Franken aus, Geld das für den Konsum nicht mehr zur Verfügung steht.

Zählt man noch die ständig steigenden Gebühren und Abgaben dazu, wie Verwaltungsgebühren, Radio/TV-Gebühren, Kehrrechtgebühren, Spitaltaxen etc. so wird das Budget von Herrn und Frau Schweizer nochmals reduziert.

Gemäss offiziellen Berechnungen der Eidg. Finanzverwaltung machte der BIP-Anteil der Ausgaben aller aus Zwangsabgaben finanzierten Institutionen im Jahr 1999 bereits 50 % aus. Somit wird die Hälfte unserer Volkswirtschaft über den Staat umverteilt.

### **Der Bevölkerung reinen Wein einschenken statt finanzpolitische Märchen**

Die dramatischen Zahlen und Fakten machen eines deutlich: die Zeit der „finanzpolitische Legenden und Märchen“ muss ein Ende haben. Wer sich nach wie vor im Glauben wiegt, die Schweiz zähle punkto öffentlicher Finanzen immer noch zu den führenden OECD-Ländern, täuscht sich gewaltig. Es versteht sich von selbst, dass die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes nicht allein an der Finanzpolitik gemessen werden kann. Doch die finanzpolitischen Rahmenbedingungen eines Landes sind letztlich ein massgebender Standortfaktor einer Volkswirtschaft. Damit sich die Schweiz aus der heutigen Negativspirale befreien kann, in die sie sich selbst hineinmanövriert hat, braucht es grosse kollektive Anstrengungen. Im Mittelpunkt sollten dabei strukturelle Reformen stehen, um das Budget nachhaltig zu entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes im Fiskalbereich deutlich zu verbessern. Mit finanzpolitischem Wunschdenken dagegen ist niemandem geholfen, am allerwenigsten der Schweiz.

Zürich, 27. Februar 2004

Rückfragen:

Pascal Gentinetta, economiesuisse, 01 421 35 12

Fredy Müller, economiesuisse, 01 421 35 45